Heute „Technische Rundschau“

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 20 Pfennig.

rscheint wöchentlich zwölfmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel“, „Modenspiegel“, „Technische Rundschau“, „Sportspiegel“, „ULK“, „Haus Hof Garten“, „Jede Woche Musik“. Bezugspreis: wöchentl. 1,25, monatl. 5,50 RM einschl. Zustellung durch die Botenfrau, n voraus zahlbar; durch die Post 5,50 RM monatl. exkl. Zustellung, Ausland ausschließl. Postaufschlag zw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch die Hauptexpedition u. die Postanstalten in Deutsch-Oesterich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Belgien, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, orwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit reuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben nsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In roß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW.19, Jerusalemer Str. 46–49 und en nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernspr.: Dönhoff 3440–3455, für den Fernverkehr 4207–4209.) elegramm-Adresse: „Berlibla“, Berlin. Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 824, Rudolf Mosse, erlin NW. 7. Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,20 RM. Die Aufnahme von Anzeigen an estimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 346; Blücherstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1/6; Greifswalder Straße 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstraße 84; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 378
Ausgabe für Berlin

54. Jahrgang
Mittwoch, 12. August 1925

Gegen den völkischen Terror.

Erlaß des Berliner Polizeipräsidenten.

Gegen „das Rowdytum, das unter dem Deckmantel politischer Tätigkeit die Straßen unsicher macht“.

Im Hinblick auf die Vorkommnisse der letzten Tage, wo große Trupps Rechtsradikaler und Hakenkreuzler die Straßen im Westen unsicher machten und das Publikum in unerhörter Weise terrorisierten, erläßt der Polizeipräsident von Berlin folgende Bekanntmachung:

„In den letzten Tagen ist es in einigen besonders belebten Stadtgegenden zu Zusammenstößen zwischen politischen Gegnern dadurch gekommen, daß geschlossene Trupps von Anhängern anderer Parteien auf offener Straße ohne Anlaß beschimpft und tätlich angegriffen wurden. Verschiedentlich ist dabei unter Bezugnahme auf den bedauerlichen Vorfall am letzten Sonntag vor der „Alhambra“ auf dem Kurfürstendamm, dem leider ein junges Menschenleben zum Opfer gefallen ist, gerufen worden, „das sei die Rache für die Erschießung des Dölle“.

Ich weise darauf hin, daß strafbare Handlungen zu sühnen einzig und allein Aufgabe der Staatsgewalt — Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte — ist und in einem geordneten Staatswesen niemals in das Ermessen von Privatpersonen gestellt sein kann. **Mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln werde ich dem Rowdytum, das unter dem Deckmantel politischer Betätigung die Straßen unsicher macht, das Handwerk legen und Sorge tragen, daß ruhige Staatsbürger ungehindert und unbelästigt in Berlin ihres Weges gehen können.**

Aufzüge, deren Teilnehmer erkennen lassen, daß sie nicht zum Zwecke friedlicher Demonstrationen zusammengekommen sind, sondern um Unruhe zu verüben und Andersdenkende zu belästigen, werden von meinen Beamten rücksichtslos auseinandergetrieben werden. Ich werde den Teilnehmern gemäß einem Erlaß des Herrn Ministers des Innern Stöcke und Waffen abnehmen lassen. Die Beteiligten setzen sich zudem der Gefahr aus, wegen Landfriedensbruchs unter Anklage gestellt und schwer bestraft zu werden.“

Republikaner müssen sich verprügeln lassen.

Das Verfahren gegen den Kaufmann Schnapp. — Keine Haftentlassung.

Der Vernehmungsrichter beim Berliner Polizeipräsidium, Herr Amtsgerichtsrat Struckmann, hat nach der gestrigen Vernehmung des Kaufmanns Schnapp, der am vergangenen Sonntag in der Notwehr den Stahlhelmmann Doelle erschoß, beschlossen, einen Haftbefehl gegen Schnapp zu erlassen. Man hatte erwartet, daß der Beschuldigte, der sich gegen etwa zwanzig mit schweren Eichenstöcken und Stahlruten bewaffnete Hakenkreuzler zu wehren hatte, aus der Haft entlassen werden würde. Dem ist aber nicht so. Der Herr Vernehmungsrichter, dem, wie versichert wird, republikanische Gesinnung nicht nachgesagt werden kann, erklärte dem Verteidiger Schnapps, daß er auf dem Standpunkt stehe, der Beschuldigte hätte sich anders als mit der Schußwaffe zur Wehr setzen können. Er hätte z. B. besser getan, sich eines Gummiknüppels zu bedienen, oder in einem Auto die Flucht zu ergreifen. Gegen die jungen Leute, die immer gleich schießen, müsse mit aller Energie vorgegangen werden. Wir sind durchaus der gleichen Ansicht wie der Herr Vernehmungsrichter. Nur ist es bis jetzt ein Vorrecht der Stahlhelm- und Jungdomänner, mit Gummiknüppeln, Schlagringen, Stahlruten und dergleichen Instrumenten herumzulaufen. Der friedliche Staatsbürger pflegt derartige Schlagwaffen nicht zu besitzen. Wer aber die unerhörten Rüpeleien der Hakenkreuzler am vergangenen Sonntag im Berliner Westen miterlebt hat, wird allerdings zu der Meinung gelangen, daß republikanische Spaziergänger heute nur noch gut ausgerüstet herumwandeln können, zumal die Ordnungspolizei an dem fraglichen Sonntag gegen die Hakenkreuzlerrowdys nicht eingeschritten ist und auch sonst im Berliner Westen sich mehrfach sehr eigenartig verhalten hat. Wenn Revolver und der von Herrn Amtsgerichtsrat Struckmann bevorzugte Gummiknüppel für republikanische Passanten entbehrlich werden sollen, was wir alle dringend wünschen, dann müssen die Organe des Staates energischer als am vorigen Sonntag für die Sicherheit und die Rechte anständiger Bürger eintreten. Wir begrüßen deshalb den weiter oben von uns wiedergegebenen Erlaß des Berliner Polizeipräsidenten und seine energische Sprache, und hoffen, daß er bei ebenso nachdrücklicher Durchführung die erforderliche Wirkung üben wird. Gegenüber der Entscheidung des Herrn Vernehmungsrichters muß auch darauf hingewiesen werden, daß die zahlreichen Zeugen einwandfrei bekunden, Schnapp habe nur in höchster Bedrängnis und Lebensgefahr zur Waffe gegriffen. Der Untersuchungsrichter, dem der Beschuldigte nunmehr vorzuführen ist, wird hoffentlich die merkwürdigen Anschauungen des Vernehmungsrichters Struckmann nicht teilen, sondern der Haftbeschwerde des Verteidigers stattgeben. Der Hakenkreuzler Rehnig, der den Reichsbannermann Koch getötet hat, wurde sofort aus der Haft entlassen. Bei ihm wurde berechtigte Notwehr konstatiert, und der Herr Vernehmungsrichter war damals nicht der Ansicht, der Gummiknüppel hätte auch genügt.

Polen und Deutschland.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Ludwig Haas (Karlsruhe),
Mitglied des Reichstags.

In der Besprechung im Reichstag über die Behandlung der deutschen Optanten durch Polen haben verschiedene Redner ihrer an sich durchaus berechtigten Leidenschaft keinerlei Zügel angelegt. Vor allem der deutschvölkische Abgeordnete Kube glaubte so sprechen zu müssen, wie etwa im umgekehrten Falle im polnischen Sejm zu sprechen es dort als Pflicht des Nationalgefühls betrachtet worden wäre. Daß mit Schimpfereien, wie polnischer Raubstaat, außenpolitische Probleme nicht gelöst werden, hat der krankhafte Nationalismus diesseits und jenseits der Grenzen noch nie begriffen.

Merkwürdig aber ist dies: Je mehr die Parteien Bismarck im Munde führen, desto mehr weichen sie von seinen vorsichtigen politischen Methoden und seiner ruhigen und sachlichen Art der Verhandlung ab. In den Aufzeichnungen und Erinnerungen aus dem Leben des Botschafters Joseph Maria v. Radowitz wird jetzt ein Brief Bismarcks an Radowitz vom 9. November 1885 veröffentlicht, in dem er im Hinblick auf Bulgarien vor dem Gebrauch verletzender Bemerkungen warnt. Bismarck gibt dort folgenden klugen Rat: „Solche Zusätze rufen leicht den Eindruck hervor, als ob der, welcher sie macht, ab irato handelte, weil sie nicht notwendig sind, um das abgegebene Votum zu charakterisieren, und entweder eine rein ornamentale Beigabe bilden, welche bei amtlichen Kundgebungen überflüssig ist, oder eine Kritik anderer enthalten, die uns Verstimmung und Feindschaft ohne Nutzen für uns verschaffen kann . . . Toute vérité n'est pas bonne à dire. Je mehr ich mit Eurer Exzellenz Auffassung und Behandlung der Situation politisch einverstanden bin, um so mehr möchte ich, daß auch die Form, in der sie zutage tritt, die Färbung der Sanftmut und des Wohlwollens trägt, die wir nicht innerlich empfinden, aber deren äußerer Schein die Wirkung des Oeles in der Maschine hat und den Aerger anderer nicht über das unvermeidliche Maß steigert.“

Es ist politisch sinnlos, mit Schimpfereien das polnisch-deutsche Verhältnis, das durch die Fehler von Versailles schwierig genug ist, noch gespannter zu machen, als es durch die Natur der Dinge von selbst schon ist. Beweis von innerer und wahrer Kraft sind Schimpfreden im privaten Leben nicht und erst recht nicht in der Politik. Besonders peinlich wirken Bemerkungen, wie Raubstaat, gerade im Munde von Männern, die den Rechtsgedanken im Völkerleben als die Idee schwächlicher Pazifisten und politischer Weiber zu verspotten pflegen. Beleidigungen und Kränkungen sind politisch unheilvoll, weil trotz aller, wie ich glaube, unüberwindbarer Gegensätze dennoch eine brauchbare Form des Zusammenlebens zwischen Deutschland und Polen gefunden werden muß.

Damit ist kein Wort der Verteidigung gesagt für die Grausamkeit und nationalistische Dummheit der polnischen Optantenpolitik, kein Wort des Verzichtes auf unveräußerliche Rechte und Forderungen, die wir an Polen haben.

Wir haben ein Interesse daran, daß die Welt die barbarische Methode der Vertreibung der deutschen Optanten begreift. Je sachlicher wir bleiben, desto eindrucksvoller ist unser Protest.

Deutschland hat in langwierigen Verhandlungen sich bemüht, den deutschen Optanten das Recht auf den Verbleib in Polen, den polnischen Optanten das Recht auf den Verbleib in Deutschland zu gewährleisten. Polen hat abgelehnt. Es bestand darauf, daß die Optanten Heim und Hof verlassen müssen. So haben wir als Folge nationalistischer polnischer Politik wiederum eine Art Völkerwanderung, sehen Menschen von Haus und Hof vertrieben, aus ihrer Beschäftigung herausgerissen, der Not und der Sorge um eine neue Existenz preisgegeben. Polen sucht Geld in der ganzen Welt. Die deutsche Wirtschaft ist in großer Not. In dieser schwierigen Lage leistet sich Polen den Luxus, eine nationalistische Politik zu treiben, die uns und ihm — von der menschlichen Grausamkeit abgesehen — Millionen über Millionen kostet. Wenn Amerika, um dessen goldene Gunst in diesen Tagen der polnische Außenminister buhlt, zu dem Ergebnis kommt, daß diesem Europa überhaupt nicht mehr zu helfen ist, dann wäre das auch eine Folge der polnischen nationalistischen Weisheit.

Wie klug und menschlich ist im deutsch-dänischen Optantenabkommen das Problem gelöst. Dort ist bestimmt, daß die Optionserklärung als nicht erfolgt gilt, wenn innerhalb von zwölf Monaten der Optant seinen Wohnsitz nicht nach dem Lande verlegt, zu dessen Gunsten er optiert hat. Polen

Die Stockholmer Kirchenkonferenz.

Hemmungen und Fortschritte. — Ein deutsches Memorandum.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

M. Stockholm, 10. August.

Den Morgen des zweiten Verhandlungstages füllten die Berichte der Landesvertretungen des Weltbundes. Fast überall größte Schwierigkeiten. Hemmungen durch die Kriegsfolgen, wie in Deutschland, Ungarn, Lettland und Polen. Dazwischen so glückhafte Arbeiter für die Sache, wie die Schweiz oder das besonders herzlich begrüßte Schweden. Dann solche, in denen außerordentliche Fortschritte gemacht wurden, wie sie etwa der Vertreter von Japan berichten konnte, wo nach kürzester Frist unter den 700 Mitgliedern des Weltbundes schon 400 der führenden christlichen Persönlichkeiten Japans sich befinden. Professor Alivisatos aus Griechenland berichtet von der starken Bewegung unter den Studenten und von einer Riesenversammlung in Athen unter Teilnahme der Ministerien, freilich auch von der starken Erregung durch die Vertreibung des griechischen Patriarchen aus Konstantinopel. Für Deutschland berichtete Lic. Mann (Stuttgart): Er wies hin auf die Schicksale der letzten drei Jahre und auf die schwere Lage von heute, aber auch auf die Entspannung, weil man neue Verhandlungsmethoden versuchte.

Am Nachmittag wurden unter lebhafter, innerer Beteiligung die beiden Memoranden über die Aufgaben des Weltbundes beraten, insbesondere das der deutschen Vereinigung. Nach einem bewegten Aufruf D. Deißmanns, die Bearbeitung dieser Memoranden zu einer ehrlichen Aussprache aller strittigen Punkte zu benutzen, wurden diese den Nationalkonzilien zur Bearbeitung überwiesen.

Weiter machte sich der Weltbund einstimmig die grundlegenden Gedanken des Schiedsgerichts, der allgemeinen Abrüstung und der Sicherheit zu eigen. Die organisierten Kirchen sollen veranlaßt werden, ihren Einfluß auf die öffentliche Meinung in allen großen, moralischen Fragen des nationalen und übernationalen Lebens mit Würde und Energie geltend zu machen. Professor Deißmann (Berlin) sprach von den neuen Prinzipien im politischen und wirtschaftlichen Handeln, die zu einem Primat des christlichen Ethos gegenüber der Lehre von der Eigenbesitzlichkeit führen können, — darin aufs entschiedenste unterstützt von Reichsgerichtspräsident Dr. Simons (Leipzig).

Eingehend beschäftigte sich die Konferenz mit der religiösen und nationalen Lage der Minoritäten, der Flüchtlinge Griechenlands und Bulgariens und besonders auch der Optanten in Polen. Der Generalsekretär des amerikanischen Kirchenbunds D. MacFarland wies auf die ungeheure Ungerechtigkeit hin, die in dem sogenannten „Rechte“ liegt, und brachte eine dahingehende Resolution ein, die das Interesse für diese Nöte in den weitesten Kreisen wecken soll.

Mit einem Ausflug in die Schären und Gottesdiensten am Sonntag, 9. August, schloß die bedeutungsvolle Konferenz, zu deren Gelingen insbesondere auch Schwedens herzliche Gastfreundschaft beigetragen hat.

Räumung Düsseldorfs am 28. August.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Düsseldorf, 11. August.

Wie amtlich mitgeteilt wird, haben die französischen Familien von der Besatzungsbehörde die Aufforderung erhalten, zwischen dem 18. bis 20. August die Stadt Düsseldorf zu verlassen. Vom 21. August ab beginnt die Räumung durch die Besatzungstruppen und am 28. August soll Düsseldorf planmäßig geräumt sein. Die öffentlichen Gebäude sind zum größten Teil bereits freigegeben worden, überhaupt hat der Abzug der Franzosen in den letzten Tagen starke Fortschritte gemacht.